

27. SEPT. 2020



Ja zu Familien - Beruf
und Kinder geht!

Medienmitteilung

Bern, 12. August 2020

Abstimmung 27. September: Ja zum Kinderabzug für mehr Steuergerechtigkeit und Frauenförderung

Eltern, die in einem hohen Pensum gut qualifizierter Erwerbsarbeit nachgehen, werden dreifach ungerecht hoch vom Staat zur Kasse gebeten: durch die Steuerprogression, durch den hohen Betreuungstarif der Kitas und aufgrund des nach oben begrenzten Betreuungskostenabzugs. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass gerade diese Eltern häufig davor abgeschreckt werden ihr Erwerbspensum zu erhöhen. Dies gilt insbesondere für die gut ausgebildeten und hochqualifizierten Mütter. Der erhöhte Kinderabzug wirkt diesem Missstand entgegen und ist also auch Frauenförderung!

Nach Abzug der hohen Steuern und der am steuerbaren Einkommen bemessenen Kitakosten bleibt Eltern bei der Erhöhung des Erwerbspensum meist nicht mehr viel vom Zusatzeinkommen übrig. Oder noch schlimmer: unter dem Strich wird das Haushaltsbudget sogar noch kleiner. Mit den erhöhten Kinderabzügen erhalten Eltern, die beide in einem hohen Pensum arbeiten mehr Steuergerechtigkeit.

Für Vereinbarkeit von Beruf und Familie

«Die Vorlage ist ein erster wichtiger Schritt in Richtung Vereinbarkeit von Beruf und Familie», sagte Hans-Ulrich Bigler, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands sgv vor den Medien. Es sei ihm unverständlich, wieso gerade die Linke, welche sich immer die Unterstützung dieser Vereinbarkeit auf die Fahne geschrieben habe, das Referendum gegen die Vorlage ergriffen habe. Der sgv-Direktor erinnerte auch daran, wie wichtig gut qualifizierte Mütter als Fachkräfte für die KMU seien. Frauen würden ihrerseits von den flexiblen Strukturen und flachen Hierarchien in KMU profitieren. Der sgv setze sich deshalb mit voller Überzeugung für die Vorlage und somit für die Frauen und die KMU ein.

SVP-Nationalrätin Verena Herzog erwähnte, dass die Referendumsinitianten behaupten würden, dass es sich bei der Vorlage um ein Steuergeschenk an die Reichen handle. Fakt sei jedoch, dass fast 60 % der bundessteuerpflichtigen Familien mit Kindern von einer Erhöhung des Kinderbetreuungskostenabzugs profitieren würden. Angesichts der Tatsache, dass 56 % der Familien über ein steuerbares Einkommen zwischen CHF 50'000 und 149'900 verfügten, könne vernünftigerweise nicht von reichen Familien gesprochen werden. Diese Einkommensspanne sei durchaus repräsentativ für den Mittelstand.

Für die Thurgauer Nationalrätin ist auch absolut zentral ist, dass sich Eltern unvoreingenommen, aus eigener Überzeugung für ihr Familienmodell entscheiden könnten. Kein Modell solle gegen das andere ausgespielt werden. Deshalb sei auch die Erhöhung des allgemeinen Kinderabzuges von Fr. 6500 auf Fr. 10 000 wichtig.

CVP-Nationalrat Philipp Kutter gab zu bedenken, dass die finanzielle Belastung der Familien markant zunehme. Er denke da unter anderem an die Krankenkassenprämien und an die Mieten. Deshalb hätten verschiedene Kantone neben dem Abzug für Kinderbetreuungskosten auch die pauschalen Kinderabzüge erhöht oder würden eine solche Erhöhung prüfen. Auf Bundesebene sei der Kinderabzug seit 1995 lediglich der kalten Progression angepasst worden. «Es ist an der Zeit, dass der Bund nachzieht», ist der Zürcher Nationalrat überzeugt.

Eine Investition in die Gesellschaft

Die Präsidentin der JCVP Sarah Bünter gab zu bedenken, dass im Budget 2020 knapp 8 Milliarden Franken für Bildung und Forschung für das Jahr 2020 vorgesehen seien. In der Wintersession 2019 seien die eidgenössischen Räte sogar noch grosszügiger als der Bundesrat gewesen. Von den 242 Millionen im Budget vorgesehenen Mehrausgaben habe das Parlament freigiebige 101,1 Millionen an zusätzlichem Budget für die Eidgenössischen Technischen Hochschulen, Universitäten, Fachhochschulen, die höhere Berufsbildung und die Forschung bewilligt. «Das sind grosse Investitionen und wie sieht es mit dem Return of Investment aus? Können wir es uns wirklich leisten, mit angehenden Müttern gut und teuer ausgebildete Fachkräfte im Arbeitsmarkt zu verlieren?», fragte die Jungpolitikerin.

Die Freiburger FDP-Ständerätin Johanna Gapany gab zu bedenken, wie wichtig ein gewisses Gleichgewicht zwischen den Generationen sei. Nur so könne sowohl das Renten- als auch das Gesundheitssystem gestärkt werden. Daher sei die Gründung einer Familie zwar sowohl eine persönliche Entscheidung als auch die Verantwortung der Eltern. Diese Entscheidung liege aber auch im Interesse der Gesellschaft als Ganzes. So gesehen dürfe die Förderung und Unterstützung junger Eltern nicht als Steuerverlust für den Staat, sondern ganz klar eine Investition in die Zukunft betrachtet werden.

Ein Ja für die Kinderabzugs-Vorlage ist ein JA für Frauenförderung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf!

Weitere Auskünfte:

- **Hans-Ulrich Bigler, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband sgV, Mobile: 079 285 47 09**
- **Verena Herzog, Nationalrätin SVP (TG), Mobile: 079 228 40 43**
- **Philipp Kutter, Nationalrat Die Mitte-Fraktion (ZH), Mobile: 078 641 10 31**
- **Sarah Bünter, Präsidentin JCVP, Mobile: 079 656 81 18**
- **Johanna Gapany, Ständerätin FDP (FR), Mobile: 078 718 61 39**

Komitee "Ja zu Familien"
Postfach 3305
3001 Bern
www.ja-zu-familien.ch